



Kantonsrat

Sitzung vom: 2. Mai 2016, vormittags

Protokoll-Nr. 147

Nr. 147

Beschlussfassung über die dringliche Behandlung der parlamentarischen Vorstösse (P 132, A 134, A 135, A 143, P 144, A 145, A 146, P 147 sowie A 148)

Auf die Mai-Session hin wurden die folgenden neun Vorstösse dringlich eingereicht:

1. Postulat Amrein Othmar und Mit. über das geplante Projekt „Hochwasserschutz und Renaturierung Reuss“ (P 132)
2. Anfrage Graber Michèle und Mit. über die Ausschreibung eines Klinikinformationssystems des Luzerner Kantonsspitals (A 134)
3. Anfrage Moser Andreas namens der FDP-Fraktion über das neue Theater Luzern / Salle Modulable (A 135)
4. Anfrage Peyer Ludwig namens der CVP-Fraktion über die Salle Modulable und die Neue Theater Infrastruktur (A 143)
5. Postulat Odermatt Marlene und Mit. über die Sistierung der Aufhebung der Zusammenarbeit im Freiwilligenbereich mit der Caritas Luzern per 1. Januar 2017 (P 144)
6. Anfrage Bossart Rolf und Mit. über Vermietungen und Handhabungen durch den Kanton im Asylwesen (A 145)
7. Anfrage Frey Monique und Mit. über die Standortstudie für die Neue Theater Infrastruktur (A 146)
8. Postulat Roth David und Mit. über die Salle Modulable: Seriöse Debatte erfordert mehr Informationen (P 147)
9. Anfrage Budmiger Marcel und Mit. über die risikoreiche und lückenhafte Finanzstrategie des Regierungsrates (A 148)

Der Kantonsratspräsident, Franz Wüest, gibt bekannt, dass der Regierungsrat der dringlichen Behandlung der Anfragen A 135 und A 143, des Postulats P 144, der Anfragen A 145 und A 146 sowie des Postulats P 147 nicht opponiere. Dagegen lehne er die Dringlichkeit des Postulats P 132 sowie der Anfragen A 134 und A 148 ab.

Der Rat nimmt zur Dringlichkeit wie folgt Stellung:

1. Othmar Amrein zieht die dringliche Behandlung seines Postulats P 132 zurück. Es sei wichtig, Fakten zu schaffen, damit über dieses Projekt diskutiert werden könne. Die CVP gehe davon aus, dass die Geschäftsleitung das Postulat auf die Juni-Session hin traktandiere, darum ziehe er die Dringlichkeit zurück.
2. Michèle Graber zieht die dringliche Behandlung ihrer Anfrage A 134 zurück. Die gestellten Fragen hätten zwar ein hohes politisches Gewicht. Der Kanton müsse zurzeit überall sparen, und der Spitalrat plane immense Investitionen, die teilweise aus finanziellen Gründen zurückgestellt werden müssten. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet müsste sie an der Dringlichkeit festhalten. In der Zwischenzeit sei zu erfahren gewesen, dass bezüglich der Ausschreibung ein juristisches Verfahren im Gang sei. Deshalb ziehe sie die Dringlichkeit zurück.
3. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung der Anfrage A 135 mit 110 zu 2 Stimmen diskussionslos zu.

4. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung der Anfrage A 143 mit 111 zu 2 Stimmen diskussionslos zu.
5. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung des Postulats P 144 mit 108 zu 3 Stimmen diskussionslos zu.
6. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung der Anfrage A 145 mit 112 zu 1 Stimme diskussionslos zu.
7. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung der Anfrage A 146 mit 110 zu 2 Stimmen diskussionslos zu.
8. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung des Postulats P 147 mit 107 zu 3 Stimmen diskussionslos zu.
9. Marcel Budmiger hält an der Dringlichkeit fest. Im Planungsbericht zum Konsolidierungsprogramm 2017 (KP17) gehe es nicht nur um den Abbau und um Konsolidierungsmassnahmen, sondern es handle sich auch um eine Auslegeordnung der Luzerner Finanzpolitik. Zudem werde eine Strategie bezüglich NFA beschrieben. Der Regierungsrat könne die Details der Prognose aber nicht immer nachvollziehen. Die SP möchte anlässlich der Behandlung in der Juni-Session über Auswege aus der Finanzmisere diskutieren und nicht über Details. Die Finanzstrategie habe ein hohes politisches Gewicht. Der Planungsbericht sollte zudem vollständig sein, wenn man darüber befinden müsse.
Armin Hartmann lehnt die Dringlichkeit im Namen der SVP-Fraktion ab. Die Fragen seien zwar absolut berechtigt, sie könnten aber auch im Rahmen der Kommissionssitzung oder später im Plenum gestellt werden. Aufgrund der Antworten in der Kommission bestehe noch genügend Zeit, für die nächste Session Anträge zu stellen. Falls man mit der Botschaft nicht zufrieden sei, wäre eine Rückweisung oder Ablehnung anlässlich der Beratung im Parlament das richtige Mittel.
Yvonne Hunkeler lehnt die Dringlichkeit im Namen der CVP-Fraktion ebenfalls ab. Auch die CVP-Fraktion habe Fragen zum KP17, diese sollten aber anlässlich der ordentlichen Kommissionssitzung und der Behandlung in der Juni-Session geklärt werden.
Damian Hunkeler opponiert der Dringlichkeit im Namen der FDP-Fraktion. Er könne sich den Begründungen seiner Vorredner anschliessen.
Michael Töngi lehnt die Dringlichkeit im Namen der Grünen Fraktion ab. Die Grüne Fraktion habe ebenfalls einige Fragen zum KP17. Deshalb habe sie einige Vorstösse zu diesem Thema eingereicht. Man hoffe auf eine rechtzeitige Beantwortung durch den Regierungsrat, um für die Juni-Session über gute Beratungsgrundlagen zu verfügen.
Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann die Dringlichkeit ab. Die Botschaft zum KP17 werde in den Sessionen im November und im Dezember behandelt. Der Planungsbericht zum KP17 werde zurzeit in den Kommissionen beraten und in der Juni-Session behandelt. Deshalb wäre es wenig sinnvoll, jetzt eine dringliche Anfrage zu diesem Thema zu beantworten, während in der Kommission bereits über dieses Thema befunden werde.
Der Rat lehnt die dringliche Behandlung der Anfrage A 148 mit 96 zu 15 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.